

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
H. Schönbach'sche Buchdruckerei, "Tagblatt-Druck".
Schriftgröße: 8 bis 10 Zeilen pro 1000 Buchstaben.
Anzeigenpreis: 10 Pf. — Tagesblätter: 5 Pf. — Sonntagsblätter: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Tagesblätter: 5 Pf. — Sonntagsblätter: 10 Pf.

Wöchentlich
mit einer Beilage

7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Veröffentlichung:
Wöchentlich dreimal, Samstags ausgenommen.
Veröffentlichung: Wöchentlich dreimal, Samstags ausgenommen.
Veröffentlichung: Wöchentlich dreimal, Samstags ausgenommen.

Beilage: Für eine Ausgabe von 3 Wochen 4 Pf. für einen Monat 10 Pf. — eine halbjährige Ausgabe 45 Pf. — eine jährliche Ausgabe 80 Pf. — eine halbjährige Ausgabe 45 Pf. — eine jährliche Ausgabe 80 Pf. — eine halbjährige Ausgabe 45 Pf. — eine jährliche Ausgabe 80 Pf.



Beilage: Für eine Ausgabe von 3 Wochen 4 Pf. für einen Monat 10 Pf. — eine halbjährige Ausgabe 45 Pf. — eine jährliche Ausgabe 80 Pf. — eine halbjährige Ausgabe 45 Pf. — eine jährliche Ausgabe 80 Pf. — eine halbjährige Ausgabe 45 Pf. — eine jährliche Ausgabe 80 Pf.

Telegraphische Adressen: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenliste aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rufsens.

Verlagsadresse: Frankfurt a. M. Nr. 7100.

Nr. 238.

Samstag, 1. September 1934.

82. Jahrgang.

Im Zeichen der Genfer Vorbereitungen.

Pariser Nervosität über die abwartende Haltung Polens. — Belgische Antipathie gegen den französisch-russischen Block. — Rumänische Befürchtungen über die Entwicklung im Donauraum.

Minister auf der Durchreise in Paris.

an. Berlin, 1. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Die bevorstehende Genfer Tagung zieht mehr und mehr das Interesse auf sich. Im geistigen französischen Ministerium war Barthou's augenblicklicher Bericht offenbar ganz auf die Genfer Situation abgestellt. Eine endgültige Antwort der polnischen Regierung auf den Vektor-Schlag Frankreichs liegt in Paris zur Stunde noch nicht vor. Es scheint demnach, daß der Besuch, den der polnische Botschafter dieser Tage dem festverweilenden Außenminister gemacht hat, noch keine Klärung brachte. Das Jögren Polens, das seinen Grund hat, die Entsendung zu beschleunigen, fällt dem Quai d'Orsay merkwürdig auf die Nerven, jenseit, wo die Frage des Eintritts Rußlands in den Völkerbund akut wird. Mit der Aufnahme des russischen Freundes in den Genfer Liga rechnet man in Paris selbst als mit einer feststehenden Tatsache. Die Zahl der Staaten, die diesem zweifelhaften Experiment abhien oder mißtraulich gegenüberstehen, ist zwar nicht gering, aber den vereinten Bemühungen Frankreichs, Englands und Italiens dürfte es voraussichtlich gelingen, diese Widerstände zu beseitigen. Die Gestaltung des direkten Telefonverkehrs zwischen Paris und Moskau hat unter diesen Umständen beinahe die Bedeutung eines symbolischen Aktes und die Liebeserklärung, die Herr Barthou bei diesem Anlaß durch den Draht nach Moskau abgab, ist bezeichnend für künftige Entwicklung.

wicklung. Es kann kaum ein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Frankreichs Bestrebungen auf den Abschluß eines regelrechten Bündnisses mit der Kooperation abzielen, wenn solche Bestrebungen vorläufig auch noch getarnt werden. Wie stets vor dem Beginn der Genfer Tagung beugen die Delegierten der Frankreich befreundeten Mächte die Gelegenheit, um vorher in Paris Station zu machen. So wird dort der belgische Außenminister Jaspar am Samstag in Paris erwartet. Seine Besprechungen sollen, wie verlautet, lediglich der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern dienen. Aber naturgemäß wird man auch die internationale Lage erörtern. Nach den Andeutungen der belgischen Presse wird Herr Jaspar nicht mit der ziemlich allgemeinen in Belgien vertretenen Auffassung hinter dem Berg halten, daß der französisch-russische Block eine Belastung für die belgisch-französische Freundschaft darstellt. Der rumänische Außenminister Titulescu, einer von denen, die Frankreich blind ergeben sind, weil bereits in Paris. Seine Besprechungen mit Barthou drehen sich in erster Linie um den Eintritt Rußlands in den Völkerbund, um den Ostpakt und um die Entwicklung im Donauraum, wie in Zukunft nicht ohne Befürchtungen verfolgt wird. Die Möglichkeit einer Wiedereröffnung der Habsburger erweist in Rumänien lebhafteste Befürchtungen, da man sich vor der Möglichkeit, daß ein durch Österreich vermitteltes Ungarn gegenüber Rumänien seine Ansprüche mit erhöhtem Nachdruck geltend machen wird.

Blid in die Welt.

Die Vorbereitungen für die Herbsttagung des Völkerbundes, die am den 10. September in Genf beginnt, sind in vollem Gange. Deutschland hat an dieser Tagung auch als außenstehender Staat besonderes Interesse, da auf der Tagesordnung eine Reihe von Punkten stehen, die als deutsche Fragen von besonderer Bedeutung anzuprehen sind, in erster Linie die Vorbereitung der Saarabstimmung und der Bericht des damit beauftragten Dreier-Ausschusses. Die Bemühungen der Saar-Regierung, ausländische Polizeiträfte in das Abstimmungsgebiet zu ziehen, machen diesen Bericht besonders aktuell, und man darf erwarten, daß die Schweiz mit der energischen Ablehnung solcher Pläne, die sie Herrn Knox postwendend erteilt hat, nicht allein bleiben wird. Die Haltung der Schweiz wird überhaupt auf dieser Herbsttagung des Völkerbundes von sehr erheblicher Bedeutung sein, in erster Linie wegen der scharf ablehnenden Haltung gegenüber einer Aufnahme Rußlands in den Völkerbund.

In Paris hört man naturgemäß solche Frankreichs Stimmen nicht gern, und der Propagandakampf für die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund ist eine der Hauptaufgaben der französischen Außenpolitik dieser Tage. Sie hat aber daneben noch eine Reihe anderer schwieriger Probleme vor sich, so daß die Rückkehr Barthou's von seinem Urlaub in der öffentlichen Meinung Frankreichs lebhaft begrüßt wird. Neben dem beabsichtigten Eintritt der Sanjuntion in den Völkerbund sind es in vorerster Linie der Plan eines Ostpaktes mit seinen Begleiterscheinungen und der bevorstehende Besuch Barthou's in Rom, die die französische Außenpolitik beschäftigen. Die hierin Spannungen zwischen Paris und Washington wird durch das russische Projekt gewiß nicht verringert, man erwartet vielmehr, daß Polen diesen Plan dazu benutzen werde, seinen Anspruch auf einen künftigen Ratssitz im Völkerbund erneut geltend zu machen, so daß auch von dieser Seite Schwierigkeiten für die Aufnahme Rußlands erwachsen. Die Heftigkeit, mit der die öffentliche Meinung Polens sich gegen die französische Presseangriffe wendet, beginnt in Paris allmählich doch Eindruck zu machen, man fängt an zu begreifen, daß die hemmungslose Agitation mit dem Ziele, Mißtrauen nach allen Richtungen zu sähen, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist, das nicht nur der Versuch einer Verdrängung Deutschlands die internationale Lage belastet, sondern daß auch die Annäherung gegen Polen in Nordosteuropa keineswegs den in Paris erhofften Widerhall finden, sondern daß man dort volles Verständnis für die polnische Abwehr hat. Das ist umso näherliegend, als die französische Außenpolitik den Nordoststaaten schnell die Augen geöffnet hat und sie die Gefahren dieser Politik sehr genau erkennen. Der Abschluß eines Vertrages über Zusammenarbeit der baltischen Staaten ist ein erster Schritt in der Richtung auf Zusammenfassung der Kräfte dieser Länder, dem unter dem Druck der Entwicklung voraussichtlich bald ein engerer Zusammenschluß folgen wird.

Ausflüchte helfen nichts!

Unzufriedene Pariser und Venediger Kritik an der Rede Dr. Schachts.

an. Berlin, 1. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf der Internationalen Agrarkonferenz in Venedig haben in Paris eine recht unfreundliche Aufnahme gefunden. Noch schärfer sind die kritischen Stimmen, die aus London kommen. Gerade England, das selbst nicht an die Bezahlung seiner Schulden an Amerika denkt, zeigt, ein

hartes Unverständnis für die deutsche Lage. Man bemerkt sich garricht, den Dingen sachlich auf den Grund zu gehen, sondern verliert sich hinter einem Wall von Verleumdungen und Beschönigungen. Wieder glaubt man durch Bedrohung mit Zwangsmaßnahmen, ja mit der Ankündigung der Schaffung einer „Einheitsgläubigerschaft“ das unheimliche Problem der Transferenabilität Deutschlands beseitigt haben zu können. Die harte Tatsache, die sich durch eine Polemik nicht wegleugnen läßt, wird trotz allem die Welt zwingen, zu den Forderungen Dr. Schachts sehr bald in positivem Sinne Stellung zu nehmen.

Drohende Komplikationen in Fern-Ost.

Schwerer Eisenbahnanschlag. — Politische Auswirkungen zu befürchten.

Beschuldigung der russischen Bahnbediensteten.

Schneid, 31. Aug. Ein schwerer Eisenbahnanschlag hat etwa 40 Kilometer südlich von Chardin verübt worden. Die Verlechte an Menschenleben fallen sich noch nicht überlegen. Nach den letzten Meldungen sollen 21 Japaner getötet und etwa 25 verwundet worden sein. Die Banditen hatten die Schienen aufgerissen und brachten einen Personenzug zur Entgleisung. Darauf schloßen sie ein wildes Gewehrfeuer auf die umgestürzten Eisenbahnwagen, wobei zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Die Banditen ergreifen darauf die Flucht und entführten sechs japanische Reisende, und, wie verlautet, zwei Amerikaner und einen Dänen. Japanische Bahnwagen lieferten den Banditen ein unerschöpfliches Getreide, konnten jedoch nicht verhindern, daß die Räuber mit ihrer Beute entkommen. An die Stelle des Verlorene ist ein Vozortzug entlassen worden. Die Rettungsarbeiten und die Sorgung der zum Teil mittelsten Verlechten wurden durch wolkenbrütigen Regen fast beeinträchtigt.

Die mandchurische Polizei erklärt, daß die Urheber der Katastrophe in den Reihen der russischen Eisenbahnangehörigen der Ostchinesischen Eisenbahn seien. Die mandchurischen Zeitungen, die den japanischen militärischen Kreisen nahesteht, verlangen ein energisches Durchgreifen sowie die Verhaftung einzelner führender Beamten, die von der Presse beschuldigt werden, daß sie die Banditenverlechte nach Ermittlung des Kommandos der sowjetrussischen Fernpostarmee inkompetenz.

Zu dem Überfall auf einen Eisenbahnzug bei Chardin wird mitgeteilt, daß auf Veranlassung des Führers der

japanischen Militärabordnung in Chardin, Ando, eine Untersuchung eingeleitet worden sei, die durch japanische und mandchurische Polizei beschleunigt durchgeführt werden solle, da die Ergebnisse dieser Untersuchung von großer politischer Tragweite für die weitere Gestaltung der Lage an der chinesischen Ostbahn seien.

Von mandchurischer halbamtlicher Seite wird erklärt, daß gegenwärtig mehrere Personen in Haft seien, die unmittelbar oder mittelbar an dem Überfall beteiligt sein sollen, doch liegen noch keine näheren Angaben über die Hintergründe des Anschlages vor.

Die japanischen Militärbehörden betonen, daß namentlich russische Kämpfer getötet worden seien, und um dem chinesischen Bundesrat energisch zu Hilfe zu gehen. Der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Chardin hat Befürchtungen aus Lichangschun zum Schutze der chinesischen Ostbahn erhalten.

Der Kern der chinesischen Luftwaffe durch Brand vernichtet.

Schneid, 31. Aug. Im Flughafen von Nantchang, dem Zentrum der von Japan angeführten begründeten chinesischen Luftstreitkräfte, hat ein Brand 12 Flugzeugvernichtet, die erst vor kurzem aus Amerika eingeführt worden waren. Es wird Brandstiftung vermutet. 70 Personen wurden verletzt. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet. Die Pläne zur Errichtung einer chinesischen Luftstreitmacht sind damit zunächst gefährdet. Die für den Betrieb vorgelegene Abnahme der Luftstreitkräfte mußten abgelehnt werden.

Die dritte große Aufgabe der französischen Außenpolitik liegt in der Romreise und keine Barthou's. Dieser Besuch wird zum ersten Male seit dem Siege des Faschismus einen französischen Außenminister in die italienische Hauptstadt führen, allerdings zu einem Zeitpunkt, wo die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach vielen Seiten hin belastet sind. Das gilt sowohl für die kolonialen Probleme wie für das Verhältnis der beiden Großmächte zu den Ländern der Kleinen Entente. Es ist deshalb verständlich, daß die Pariser und die römische Presse sich bereits ausführlich mit diesem Besuch beschäftigt, nachdem die Kommentare über den Aufenthalt des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg abgeklungen sind. Im Zusammenhang mit diesem österreichischen Besuch ist die Frage erneut lebhaft erörtert worden, wie sich Italien zu einer Rückkehr der Habsburger stellen würde, und der Eindruck ist allgemein, daß Italien wohl bereit sein würde, einen Habsburger zu führen in der Voraussetzung, daß dieser eine solche Hilfe durch unbedingten Zusammenarbeit mit Italien vergelten werde. Man dürfte dabei in Italien so kalkulieren, daß die von allen Seiten eingewandene neue Habsburger Monarchie auf Gebiete und Reichert der Unterstützung Italiens bedürfe, und daß damit Rom eine neue Rolle für seine politische und wirtschaftliche Auswirkung im Herzen Europas erhalte. Diese Frage ist gewiß noch nicht spruchreif, die Tatsache aber, daß man sich mit ihr

bis in alle Einzelheiten aufs intensifste beschäftigt, jetzt doch, wie die römische Politik in der österreichischen Frage alle Möglichkeiten in Rechnung legt.

Von zünftiger japanischer Stelle werden die in den letzten Tagen verbreiteten Nachrichten, daß Japan beabsichtige, den Flottenvertrag von Washington abzuschließen, vorerst nicht regulären Ablauf zu föhnen, nachdrücklich dementiert. Dieses Dementi wird naturgemäß, namentlich in Washington, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, wo man von einem vorzeitigen Schritt Japans schwere Gerwürlungen befürchtet zu müssen glaubte, und wo man bereits eine Gegenaktion angeht hatte mit dem Ziel, Japan die Verantwortung dafür aufzubürden, daß die Voraussetzungen des Reunmüchters-Abkommens erschüttert würden. Man war sich in Washington darüber klar, daß der beabsichtigte Schritt Japans nicht nur den Flottenvertrag, sondern überhaupt alle Vereinbarungen, die sich auf den Stillen Ozean und seine Küsten beziehen, in Frage gestellt hätte, daß damit die Flottenpolitik umfangreicher diplomatischer Verhandlungen über die heikelsten Probleme an die Regierung herangeföhrt wäre und daß, insbesondere auch Sowjetland, als neuer, durchaus unsicherer Partner, in diese Verhandlung hätte einbezogen werden müssen. So etmet man im Augenblick in Washington erleichtert auf, wird aber nicht vergessen, daß die Forderung Japans auf völlige Parität der Flottenstärken bestehen bleibt und daß somit das Schicksal des Washingtoner Abkommens nur verlagert ist.

Die Luftmanöver über Paris beendet.

Resultat: Paris gegen Angriffe nicht wirksam zu verteidigen.

Paris, 31. Aug. Die infolge der schlechten Witterung in der Nacht zum Freitag unterbrochenen Luftmanöver sind im Laufe des heutigen Vormittags wieder aufgenommen worden. Die angreifende „blaue Partei“ konnte wiederum die Verteidigungs-linie durchstoßen und ohne große Mühe den Flugbojen Le Bourget mit Bomben belegen. Auch andere um Paris gelegene Abwehrtürme waren nicht glücklicher. Luftfahrergeneral de Gays, der die Manöver leitete, erklärte in seiner Rede, die „blaue Partei“ habe auf der ganzen Linie einen unbestrittenen Erfolg errungen.

Die französischen Luftmanöver sind am heutigen Freitagmittag abgeschlossen worden. Das offizielle Urteil der militärischen Sachverständigen geht schon jetzt dahin, daß es äußerst schwer ist, eine Großstadt wie Paris mit den heute bestehenden technischen Mitteln wirksam gegen Luftangriffe zu verteidigen.

Ausdehnung des Streiks in den Vereinigten Staaten.

Unterbindung der kommunikativen Vitation.

New York, 31. Aug. Nach einer Bekanntmachung der Streikleitung treten ab Montag auch die Rammgar- und die Wollarbeiter in den Streik ein. Ebenso werden in verschiedenen kleineren Industriezweigen Vorbereitungen zum Streik getroffen. Obwohl der Streik erst am Samstag beginnen sollte, haben einige Belegschaften schon am Freitag die Arbeit niedergelegt. Andere dagegen haben einen Anschlag auf die Streikbewegung abgelehnt. Die Streikleitung hat strenge Disziplin anbefohlen und gegen die einfliegende Vitation kommunikativer Elemente Stellung genommen.

Freundschaftserklärung Barthous an die Sowjet-Regierung.

Anlaßlich der Eröffnung der Telephonverbindung Paris-Moskau.

Paris, 31. Aug. Bei der Eröffnung der Telephonverbindung zwischen Paris und Moskau am Freitag hat der französische Außenminister Barthou folgende Rede an die sowjetische Regierung durch das Telephon abgegeben:

Es ist dies das erste Mal, daß ein Telephonkabel die Stimme eines französischen Außenministers direkt nach Moskau bringt. Ich lege Wert darauf, daß diese erste Botschaft die Herzlichkeit der Beziehungen unterstreicht, die die beiden Länder verbinden. Ich möchte auch, daß diese erste Botschaft den Willen Frankreichs zum Ausdruck bringt, mit seiner ganzen Kraft für die Aufrechterhaltung und die Festigung des Friedens zu arbeiten. Frankreich ist höchst befriedigt, daß Sowjetland mit ihm an dieser Aufgabe zusammenarbeiten will, die von allen Ländern, die mit dem gleichen Ideal verbunden sind, eine dauernde, aufrichtige und entschlossene Zusammenarbeit erfordert. Möge diese telephonische Verbindung, von der man so viel glückliche Ergebnisse erwarten kann, auf allen Gebieten zu einer fruchtbareren Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen beitragen.

Der „Tamps“ macht Reklame für Sowjetruhländs Einzug in Genf.

Paris, 31. Aug. „Tamps“ behauptet heute mit der Tatsache, daß die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens sich über die Einweisung gewisser Völkerrundmitglieder zur Frage des Eintritts Sowjetruhländs in den Völkerrund unterziehen. „Tamps“ rechnet mit diesem Eintritt als einer festen Tatsache.

Herbst- und Winterchlacht gegen die Arbeitslosigkeit.

Die neuen steuerlichen Grundlagen.

Rundfunkvortrag des Staatssekretärs Reinhardt.

Berlin, 1. Sept. Staatssekretär Reinhardt sprach am Freitag im Rundfunk im Zusammenhang mit der letzten abgeschlossenen Leipziger Herbstmesse über die steuerpolitischen Maßnahmen, die für die kommende Arbeitschlacht im Herbst und Winter durchgeführt werden. Er führte unter anderem aus:

In wenigen Wochen wird das neue Einkommensteuergesetz in Kraft treten. Es wird am 1. Januar 1935 in Kraft treten und bereits auf diejenigen Einkommen Anwendung finden, die im Frühjahr 1935 für das Jahr 1934 zu veranlagen sein werden. Der Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes enthält eine Bestimmung, durch die das Gesetz über Steuerfreiheit für Erbschaften wesentlich erweitert wird. Diese Bestimmung erstreckt sich auf jegliche demontliche Gegenstände des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals, deren Betriebsgemäßigkeit während der Entstehungsgemäßigkeit nicht überprüfbar ist. Sie erstreckt sich nicht nur auf Erbschaften, sondern auch auf Kaufgeschäften, wenn diese nur auf Erneuerungen, sondern auch auf Erweiterungen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals. Auf Erweiterung insofern, als es sich um kurzlebige Gegenstände handelt.

Die Aufwendungen für all diese Gegenstände können vom Gewinn des Jahres 1934 voll abgesetzt werden, wenn die Anschaffung oder Herstellung bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres 1934, in dem sie entstanden sind, erfolgt. 31. September 1934 erfolgt. Diejenigen Gewerbetreibenden und Landwirte, die die Veranlagung für das Jahr 1934 erlangen wollen, müssen die Aufträge so rechtzeitig erteilen, daß die Forderung nach der Schluß des Wirtschaftsjahres 1934 erfolgt. In dem Fall können die Aufwendungen für die betreffenden Gegenstände vom Gewinn voll abgesetzt werden, so daß die Steuer, die von der Gewerbetreibenden oder Landwirt für 1934 zu veranlagen sein wird, sich entsprechend ermäßigt. Die Steuerermäßigung beträgt je nach der Lage des einzelnen Falles 10 bis 40 p. für den in Betracht kommenden Gegenstand.

Die nächste Einkommensteuerveranlagung ist im Februar 1935 für das Kalenderjahr 1934 abzugeben. Jeder Gewerbetreibende und jeder Landwirt hat die Möglichkeit, sein zu veranlagendes Einkommen nach Belieben niedrig erscheinen zu lassen. Es kann sich für das Jahr 1935 sogar einnehmen- und Körper-schaftsteuerfrei gestalten. Er braucht nur entsprechend hohe Summen für Anschaffung oder

Herstellung von kurzlebigen Anlagen, Gegenständen, oder für die Ersatzbeschaffung kurzlebiger Gegenstände für die Zwecke des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals aufzubringen. Die gleiche Möglichkeit hat jeder Grundbesitzer, auch wenn er nicht Gewerbetreibender ist, hinsichtlich der Aufwendungen zu Gunsten des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals und der Aufwendungen an seinen Gebäude.

Eine weitere finanzpolitische Maßnahme ist das Gesetz zur Förderung der Beschäftigungen. Dieses Gesetz wird zu immer größeren Ausmaßen nach Häusern und Hausgeräten und, da die jungen Ehepaare Wohnungen brauchen, nach Kleinwohnungen führen.

Wir haben die Aufgabe nach Gütern und Leistungen bisher in erster Linie durch Vermehrung von Steuerertrügen verschiedener Art und durch Vermehrung von Einnahmen aus dem Handel gefördert. Wir gehen jetzt dazu über, auch durch allgemeine Steuererleichterungen die Auslagen dazu zu senken. Bereits am 1. Januar 1935 wird das neue Einkommensteuergesetz in Kraft treten. Nach diesem Gesetz werden die Familien mit einer weiteren Entlastung versehen. Der Familienlohn ist für keine Familie einen größeren Betrag als bisher für die Lebenshaltung zur Verfügung haben.

Durch die allgemeinen Steuererleichterungen soll insbesondere die Verbrauchssteuer, die Induzie befreit werden. Es ist in Erwägung aller Maßnahmen auch notwendig, daß der Binnengroßhandel wieder zur Regelmäßigkeit übergeht. Zu diesem Zweck wird im neuen Umsatzsteuergesetz, das mit Wirkung vom 1. Januar 1935 in Kraft treten wird, die Umsatzsteuer für den Binnengroßhandel einheitlich auf 4 p. festgesetzt werden. Bisher betrug die Umsatzsteuer für den großhandelnden Großhandel 2 p. 5.

Es gibt für jeden Gewerbetreibenden, Landwirt und Grundbesitzer reichlich Möglichkeiten, sich einzureihen in die Front der Kämpfer um die Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Jeder, der entsprechend handelt, dient der Volksgemeinschaft, und zwar dadurch, daß er zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Not und gleichzeitig zur Senkung von Wirtschaft und Finanzen beiträgt. Ich selbst durch Verbesserung meiner Anlagen und durch Vermehrung meiner Steuerlasten nicht. Für jeden Arbeitnehmer, insbesondere für jeden Familienkern, wird sich durch die Senkung der Abgaben und Beiträge eine Möglichkeit ergeben, die Aufwendungen zur Besserung der Lebenshaltungskosten seiner Familie zu erhöhen und auf diese Weise zur Besserung der Verbrauchsgüter beizutragen.

Französische Saardenschrift an den Völkerrund.

Direkte Verhandlungen mit Deutschland angeregt.

Paris, 31. Aug. Die von gut unterrichteter französischer Seite verlautet, bezieht sich die im Ministerrat gebilligte Denkschrift Barthous an den Völkerrundrat mit den verschiedenen, mit der deutschen Seite der Volksabstimmung im Saargebiet zusammenhängenden Fragen. Die Denkschrift richtet sich an den Völkerrundrat das Ergebnis, das bereits jetzt vorliegt, daß die Wähler für die Rückgliederung an Deutschland stimmen sollten, die Fragen der Dominanzfragen, des Abgrenzungsproblems usw. zu regeln. Es handelt sich nach Ansicht der französischen Regierung darum, die Übergangszeit, die einen hohelstwertigen im Saargebiet gemäß dem Ergebnis der Abstimmung erforderlich machen könnte, möglichst kurz zu gestalten. Der Völkerrundrat könnte beispielsweise für alle diese Fragen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland anregen, entweder eine direkte

Ausprache oder eine indirekte durch Vermittlung des Völkerrundrates unter dem Vorbehalt des Völkerrates.

Gerede von einem „Saarfreid“.

Paris, 31. Aug. „Journal“ schreibt im Zusammenhang mit den Ausführungen Barthous im Ministerrat hinsichtlich der Denkschrift der französischen Regierung über die Saar mitteilen zu können, daß diese Denkschrift von den letzten Berichten des Regierungsausschusses des Saargebietes ausgeht. Es werde darin auf die Dringlichkeit hingewiesen, eine abschließende und freie Durchführung der Abstimmung zu fördern und vor allem werde betont, daß die Wählerfragen ernstlich werden müssen, um die Saar bis zum Abstimmungstermin zu einem „Saarfreid“ zu machen. (1) In gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, daß sich die Denkschrift in der Hauptsache auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen bezieht. Sie soll etwa 15 Schreibmaschinenlinien umfassen und von einem Ausfluß ausgeht worden sein, dem außer dem französischen Außenminister auch der Minister für öffentliche Arbeiten und der Finanzminister angehört.

Barthou erstattet dem Ministerrat Bericht.

Paris, 31. Aug. Im Ministerrat, der Freitagvormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehalten wurde, erstattete Außenminister Barthou eingehenden Bericht über die außerpolitische Lage. Er behandelte vor allem die französische Frage, die Volksabstimmung im Saargebiet, die Verhandlungen über den Nordpakt und den Eintritt Sowjetruhländs in den Völkerrund. Der Außenminister ließ von seinen Ministern eine Denkschrift über das Saargebiet gutheißend, die er dem Völkerrundrat zu überreichen gedenkt. Auf seinen Vortrag wurde auch die französische Abstimmung für Genf ernennt. Sie soll diesmal um von dem Parlament vorgenommenen Sparmaßnahmen Rücksicht zu tragen, nur das notwendige Personal umfassen. Mitglieder der Regierung, Beamte und technische Sachverständige. Die Leitung der Abstimmung übernimmt Barthou selbst. Hauptvertreter sind der Finanzminister Germain-Martin, der Handelsminister Lamoureux.

Der Haushaltsminister wurde ermächtigt, den Staatshaushaltsplan im Parlament einzubringen. Der Landwirtschaftsminister berichtete über die Lage auf dem Getreidemarkt und Maßnahmen zur Förderung der Getreidepreise.

Die nächsten Ministerratsberatungen finden erst am 21. und 22. September statt.

Kein Schweizer Kontingent für die Saar.

Bern, 31. Aug. Über die Haltung der Schweiz zur Saarfrage hat im Bundesrat ein Meinungsaustrag stattgefunden. Aus den Ausführungen des Bundesrats Rotta konnte man entnehmen, daß es sich in seiner Weise um die Zuerückführung eines Schweizer Kontingentes handeln kann, sondern nur um eine eventuelle persönliche Rekrutierung von Schweizern durch Organe der Saarregierung. Ein offizielles Geleit liegt nicht vor. Bundesrat Rotta ist darüber informiert worden, daß die Frage von der Saarregierung erzwungen worden ist. Der Bundesrat hat keinerlei Beschluß gefaßt.

